

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliches Redaktionsmitglied: Fritz Penzlin, Dresden, Dörfelgasse 10. Druck u. Verlag: Auer-Druck u. Verlagsanstalt m. b. H., Auer, Erzgebirge. Kognat: Auergebirge, Fernsprecher: Anschlag Nr. 22.

Abonnementpreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.20 RM. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 RM. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 12.40 RM., monatlich 4.90 RM. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 RM., monatlich 4.80 RM. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In ferneren Zeitungsanstalten und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Gebiet Schwarzenberg 70 Pfg., aus dem Gebiet Schwarzenberg 80 Pfg., aus dem Gebiet Schwarzenberg 90 Pfg., sonst 100 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechende Abgabe. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 172

Mittwoch, den 28. Juli 1920

15. Jahrgang

## Das Neueste vom Tage.

Der Reichswirtschaftsrat hat einen Antrag angenommen, durch den die Reichsregierung zur Einbringung einer Vorlage über eine Wohnsteuer aufgefordert wird.

Die Konferenz in Genf wird voraussichtlich nicht vor Anfang September stattfinden, da die Militärs unbedingt eine Vorbesprechung abhalten wollen.

Nach einer Meldung aus Königsberg hat die litauische Zivilverwaltung Wilna verlassen. Die Bolschewisten haben die Geschäfte der Stadt übernommen.

Die Kopenhagener Blätter melden aus Warschau den Einzug der Polen in Brest-Litowsk.

Der englische Friseur hat gestern einen Betrag von 22 685 000 Pfund Sterling den Besatzungen von 159 Schiffen der englischen Kriegsmarine zuerkannt, die an der Schlacht bei Jütland teilgenommen haben.

## Das Reichswehrgesetz.

Aus Berlin wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Die Wehrverfassung des Deutschen Reiches muß in Ausführung des Artikels 79 der Reichsverfassung und in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag neu geregelt werden. Der neue Reichstag wird deshalb das neue Wehrgesetz zu erledigen haben. Die allgemeine Wehrpflicht, die natürliche, der geschichtlichen und freiwirtschaftlichen Entwicklung des deutschen Volkes entsprechende Wehrverfassung ist zu ersetzen durch eine an längst überkommenen gealterten Reiten erinnernde Werbung von lang dienenden freiwilligen Soldaten. Diese grundlegende Veränderung erfordert eine entsprechende durchgreifende Neugestaltung aller auf die persönliche Stellung des Soldaten, seine Gehaltsverhältnisse und seine Beförderung bezüglichen Bestimmungen. Es gilt dabei, den schon aus der Geschichte und aus den Erfahrungen anderer Länder bekannten Gefahren des Söldnerwesens entgegenzuarbeiten, die insbesondere im Einzelnen fragwürdiger Existenz bei der Werbung, dann in der Abstumpfung der lang dienenden Reute und schließlich in der Schwere ihrer Ueberführung in das bürgerliche Berufsleben nach vollendeter Dienstzeit zu finden sind. Durch gute wirtschaftliche Lebensbedingungen muß der Zugang zum freiwilligen Eintritt so belebt werden, daß eine strenge Auswahl möglich wird; durch gründliche allgemeine wie militärische Weiterbildung ist den Freiwilligen während ihrer Dienstzeit eine im ganzen Volke geachtete Stellung zu verschaffen und schließlich ist ihre Beförderung nach Ablauf der Dienstverpflichtung so vorzubereiten, daß sie in gesicherter und angemessener Weise ihr Fortkommen finden können. Einer besonderen Fürsorge bedürfen in den gleichen Richtungen die Führer der zukünftigen Wehrmacht, die Offiziere und Unteroffiziere. Das Ziel der Wehrgesetzgebung muß sein, dem deutschen Volke die zu seinem Schutze im Innern und an den Grenzen nötige Wehrmacht zu geben, soweit als es im Rahmen des Versailler Vertrages möglich ist und gleichzeitig den Volksgenossen, die den zukünftigen Soldatenberuf ergreifen, die sichere Grundlage zu bieten, auf der sie ihre Aufgabe erfüllen und die allgemeine Achtung genießen können.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ist ihrer Bedeutung entsprechend gleich im Anfangsparagraphen des Gesetzes zum Ausdruck gebracht. Die aus Reichsheer und Reichsmarine bestehende Wehr soll aus freiwillig eintretenden Soldaten gebildet werden. Der Eintritt in das Heer erfolgt für alle Freiwilligen ohne jede Ausnahme unter gleichen Bedingungen, entsprechend dem aufgestellten Grundsatz, daß jeder Soldat den Marschallstab im Tornister trägt. Für die Angehörigen des früheren Heeres, der früheren Marine, der früheren Schutztruppe, der früheren Freiwilligenverbände sowie der vorläufigen Reichswehr und der vorläufigen Reichsmarine, die in die neue Wehrmacht übernommen werden, müssen diesen Grundsatz durchbrechende Ausnahmen zugelassen werden, da ebenfalls die Aufstellung der neuen Wehrmacht praktisch nicht durchführbar sein würde. Da die Verpflichtung auf eine ununterbrochene Dienstzeit erfolgen muß, kann den Verpflichteten ein Recht, den Vertrag durch einseitigen Willensakt (Kündigung) zur Auflösung zu bringen, nicht eingeräumt werden. Dagegen bleibt ihm die Möglichkeit unbenommen, aus besonderen Gründen wegen einer vorzeitigen Lösung des Vertrages im beiderseitigen Einverständnis vorstellig zu werden. Die bisherigen Steuerrechte der Militärpersonen sind dagegen in Abweichung von dem bisherigen Rechte nicht aufrechterhalten, sondern sie werden, der wirtschaftlichen Not des Vaterlandes und den veränderten Einkommenverhältnissen der Soldaten Rechnung tragend, auf die Befreiung der Naturalbezüge und der an ihrer Stelle gewährten Geldzahlung von

direkten Steuern beschränkt. Nur für das mobile Verhältnis und bei Dienstleistungen außerhalb Deutschlands und der heimischen Gewässer muß an der Befreiung des gesamten Dienstverdienstes von direkten Steuern für die Dauer dieses Zustandes oder dieser Dienstleistung festgehalten werden, da hier die militärischen Interessen den finanziellen vorgehen müssen. Nicht näher geregelt sind im Entwurf die Vorschriften über die Handhabung der Manneszucht und die Befehlsverföhrung. Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß gerade die Aufrechterhaltung einer strengen Manneszucht in dem künftigen Söldnerheer eine der wichtigsten Aufgaben bilden wird, so ist auf der anderen Seite zu beachten, daß es sich hierbei um die Regelung von Tatbeständen handelt, die im fortwährenden Flusse sind, die also dem praktischen Verhältnis anpassungsfähig erhalten werden müssen. Daher ist von einer gesetzlichen Festlegung abgesehen und im Paragraph 3 dem Reichspräsidenten die Befugnis zur Regelung im Ausführungswege gegeben. Weiterhin ist der Grundgedanke des Landmannschaftlichen Aufbaues gesetzlich näher festgelegt. Er besteht im wesentlichen darin, daß, soweit praktisch durchführbar, in jedem Lande ein aus Landesangehörigen zusammengesetzter und aus ihnen dauernd ergänzter Truppenteil gebildet wird, der je nach der Größe des Landes entweder zu einem Truppenverbande zusammengefaßt ist oder nur in einer kleineren Truppeneinheit besteht, der ferner seine dauernden Standort in dem zugehörigen Lande erhält und der auch äußerlich seiner landmannschaftlichen Zusammensetzung benannt wird. Die zur Aufhebung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen soll, seiner Stellung als Oberbefehlshaber der Wehrmacht entsprechend, nach Paragraph 34 der Reichsverfassung erlassen.

## Severing über den Grenzschutz.

Der preussische Minister des Innern Severing erklärte einem Ausfrager, nach der Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen glaube er nicht mehr an die akute Gefahr eines russischen Truppeneinfalles oder des Uebertrittes größerer Verbände auf deutschen Boden. Die Stärke unseres Grenzschutzes besteht in erster Linie aus etwa 900 bis 1000 Mann preussischer Grenzpolizei und der bereitstehenden Reichswehr. Die Sicherheitspolizei und die Einwohnerehren seien bisher noch nicht aufgerufen worden. Er glaube, daß in der gegenwärtigen Lage das bisherige Angebot auch weiterhin genügen werde, um Uebergriffe zu verhindern. Hinsichtlich der Entwaflungsaktion bei der Zivilbevölkerung meinte der Minister, er habe Bedenken gegen die Entwaflung durch das Reich. Es werde freilich notwendig sein, daß die Reichsregierung die Leitung der Aktion behalte und die Direktiven für die Länder ausgabe. Die eigentlichen Exekutivmaßnahmen aber müßten seines Erachtens ausschließlich durch die Landesbehörden selbst erfolgen. Nur in Fällen, wo man mit grundsätzlichen Widerstand zu rechnen hätte, dürfte das Reich unmittelbar eingreifen. Anlässlich einer Meinungsäußerung über die Stedelungsfragen, insbesondere die Stedelungen im Ruhegebiete äußerte der Minister, man müsse leider in der nächsten Zeit mit der Wahrscheinlichkeit größerer Arbeitseinstellungen und dadurch mit einem Wachsen der Arbeitslosigkeit rechnen.

## Die Wahrung der deutschen Neutralität.

Wie dem Berl. Lokalan. aus Hamburg gemeldet wird, traf der Dampfer Belgique mit 2800 tschechoslowakischen Soldaten in Hamburg ein, die mit der Eisenbahn weiterbefördert wurden. Da sich das Gerücht verbreitet hatte, es handle sich um verkaufte russische Truppen, hielten die Hamburger Arbeiter am Nachmittag auf dem Unterelbe-Bahnhof einen Transport von etwa 1800 Mann an und ließen durch einen Ausschuss Munition, Säbel und Pistolen abnehmen. Auch zwei Waggons Gewehre wurden beschlagnahmt. Der Transport wurde später, da es sich wirklich um tschechoslowakische Kriegsgefangene handelte, freigegeben. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, daß keine weiteren Transporte wieder bewaffnet durch Deutschland fahren können.

## Zurücktransport tschechoslowakischer Truppen.

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten aus Göttingen in Anhalt melden, passierten seit Dienstag früh mehrere Transportzüge, angefüllt mit tschechoslowakischen Truppen in der Richtung Halle-Berlin-Dresden den Bahnhof Göttingen. Die Bahnarbeiter, die vermuten, daß es sich um Ententetruppen für Polen handelt, da die Soldaten in Anhalt gefoltert sind, haben beschlossen, den weiteren Transport solcher Truppenszüge zu verhindern.

## Der Warburger Munitionstransport zurückgeführt.

Der am Montag in Warburg angehaltene, für Polen bestimmte Munitionstransport ist gestern über Gießen-Umburg in das besetzte Gebiet zurückgeführt worden.

## Deutschlands Interessen am Vorkrieg.

Der Welt Pariser schreibt: Es sei auch die Frage zu erörtern, ob Deutschland als Macht anzusehen sei, die an der Regelung der Ostfrage interessiert sei und infolgedessen zur Friedenskonferenz nach London gezogen werden müsse. Die englischen Liberalen und sozialistischen Blätter und, wie man höre, auch die englische Regierung seien bereit, diese Frage in dem oben dem Sinne zu beantworten. Das Blatt fragt weiter, ob es wahr sei, daß in Warschau vom polnischen Ministerpräsidenten die Zustimmung Polens verlangt worden sei, in eine etwaige Veränderung der Friedensvertragsklauseln über Oberschlesien und Danzig einzuwilligen.

## Die Erklärung der Reichsregierungen.

Der Deutsche Ausschuss für Westpreußen überreichte dem englischen Botschafter in der internationalen Kommission die Erklärung der Reichsregierungen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen und geographischen Lage gegen eine gewaltsame Auflösung einzelner Gemeinden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang und dem bestehenden Reichsverbanden protestiert. Der Botschafter nahm Einsicht in die Kundgebung und konnte sich selbst davon überzeugen, daß in einzelnen Gemeinden die Zahl der Unterschriften weit über die für Deutschland abgegebenen Stimmen hinausgeht. Zugleich nahm er die Kundgebung der politischen Arbeitsgemeinschaft entgegen, die an die Lebensnotwendigkeiten eines einheitlichen Reichsschutzes und eines freien durch die Souveränität Deutschlands gesicherten Zuganges Ostpreußens zur Weichsel erinnert. Beide Kundgebungen wurden drahtlich dem Obersten Rat in Paris übermittelt.

## Die Spa-Debatte im Reichstage.

Nach gestern waren Haus und Tribünen stark besetzt. Zur Ergänzung seiner Ausführungen vom Montag über die Auslegung der Ehrenbezeugung vor der französischen Fahne erklärte Reichsminister Dr. Simons, er habe die Reichswehr nicht verlassen wollen. Seine Ausführungen seien mißverstanden worden. Er habe nur die unangebrachte Adjustierung der Truppe, z. B. Mäße statt des Helmes, im Auge gehabt. Abg. Stämpfer (Soz.) sprach sich in großen Zügen zustimmend zu den Ministererklärungen des Montags aus. Gegen die Methoden von Spa sei aber zu protestieren und die Dolmetschertätigkeit Hochs sei zu beurteilen. Was in Spa verlangt wurde, bedeute eine Vernichtung des Friedensvertrages und einen neuen Krieg. Redner kam dann auf die Sozialisierung zu sprechen und verlangte dabei eine zweifelhafte Anpassung der Kapitalisten an diese Idee, damit keine Störung der Betriebe erfolge. Abg. Dr. Breckhoff (Unabh.): Ob Spa ein Erfolg gewesen sei oder nicht, sei unwesentlich. Wir haben den Krieg verloren. Das scheint man noch nicht genau zu wissen, daher Versailles und Spa. Die Herren, die vor sechs Jahren leistungsfähig den Krieg herausbeschrieben hätten, seien schuldig an unserem Unglück. Wirtschaftlich seien auch diejenigen, die das sechs Jahre lang mit gebuldet hätten. (Protest bei den Sozialdemokraten.) Gegen das Ergebnis von Spa wolle er nichts sagen, aber gegen die Methoden, welche die Regierung dort in der Frage der Entwaflung befolgte, müsse er sich äußern. Deshalb könne er der Regierung kein Vertrauen bekunden.

## Reichsminister Dr. Simons:

Der Redner habe einen Unterschied in der Stellung zum Bolschewismus zwischen ihm und dem Reichskanzler konstruiert. Wenn der Reichskanzler von notwendigen Truppenansammlungen gegen den Bolschewismus gesprochen habe, so habe er damit nicht die Idee des Bolschewismus gemeint, sondern nur die Truppen an der Grenze. Material über die Reichswehrgesetzgebung sei in Spa weder vom Reichskanzler, noch von ihm, noch von General von Seeck der Entente zugänglich gemacht worden. Im übrigen wolle er konstatieren, daß in seinem Ressort seine Ansichten maßgebend seien und daß er stark genug sei, ihnen Geltung zu verschaffen, sonst werde er gehen. Zur Neutralitätsfrage gegenüber Rußland bemerkte er, daß sein nicht so ohnmächtig, daß wir nicht noch um uns schlagen könnten. Über eine Neutralität, welcher man nicht Achtung verschaffe, sei keine Neutralität, daher die Truppenansammlungen in Ostpreußen. Der angehaltene polnische Zug hat tatsächlich Kriegsmaterial an Bord gehabt und ist nach Koblenz zurückgeschickt worden. Es sind auch weder deutsche Offiziere nach Warschau abgereist, noch Deutsche im russischen Meer tätig. Zu seiner heutigen Erklärung in der Hagenaffäre wolle er bemerken, daß es nicht beschämend sei, einen einmal gemachten Fehler einzugehen. Im übrigen wolle er ausdrücklich feststellen, daß die Regierung Bewältigung, von welcher Seite sie auch kommen möge, mit ganzer Kraft niederzuschlagen wird. Den Ideen des Bolschewismus müsse er widersprechen, der Bolschewismus sei aber augenblicklich eine Macht, mit welcher man jetzt rechnen müsse. Über im Innern seien die Verhältnisse jetzt anders geworden. Die Katediktoren

rdient  
Berichtigung  
Geschäftes  
Klein  
Beitrag zur  
Verbienst  
Datenmuster  
am 17. 9.  
Widau, Sa.  
9.  
Bfosten  
Schierware,  
e. fert. Allten  
Holzwolle  
Drehereien  
Schleibholz  
u. Leifert  
malshub  
Tel. 13.  
erte  
auen?  
um Stern  
paar Tage  
Fein, Pfan-  
dauerhaft  
sch gut ver-  
wie n e u.  
altenes  
Jofa  
ein,  
er Lih  
wanne  
en.  
19. II. I.  
Anzug,  
Küchelin,  
erkaufen  
er Tagel  
Lifet  
billig  
2. III.  
u  
ube  
raufen.  
Z. 5430  
it erbeten.  
mer  
T. 540  
tt erbeten.  
Binhalt  
Batteriele  
gest. abb.  
erhält als  
des Gebö-  
geben im  
g feinste  
ananen,  
Gurten,  
110 Pfg.,  
Bismen  
er.  
merjäger  
Berg's  
alkalmittel  
ertigung.  
ng.  
ckungen.  
eimer.  
en.